

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0332/2013/BV

Datum:
04.09.2013

Federführung:
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

Beteiligung:

Betreff:

**Schülerfriedensbüro Heidelberg e.V.
Mietkostenzuschuss**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Jugendhilfeausschuss	17.09.2013	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Gewährung eines Mietkostenzuschusses i.H. von 10.000.- € an den Verein Citizens of the United Nations e.V. (Schülerfriedensbüro) für die Nutzung der Räumlichkeiten in der Luisenstraße 1 – 3 für das Jahr 2013 zu. Ab dem kommenden Jahr sollen die Räume vom Stadtjugendring Heidelberg zur Unterstützung der Jugendgruppenarbeit sowie politischer Gremienarbeit übernommen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten 2013:	
Zuschuss	10.000,- €
Einnahmen:	
Keine	
Finanzierung:	
• Ansatz in 2013	10.000,- €

Zusammenfassung der Begründung:

Der Verein Citizens of the United Nations e.V. (Schülerfriedensbüro) nutzt die Räumlichkeiten in der Luisenstraße 1-3 seit dem Jahr 2008.

Im Zusammenhang mit dem jährlichen Bericht des Vereins hatte der Jugendhilfeausschuss im November 2012 beschlossen, die Bewilligung des Mietkostenzuschusses zukünftig daran zu koppeln, dass die Räume wieder vorrangig von Initiativen Jugendlicher genutzt werden.

Die Entwicklung im Jahr 2013 zeigt, dass die Nutzer der Räumlichkeiten sehr intensiv an diesen Vorgaben gearbeitet haben, es aber offensichtlich sehr schwierig ist, Schülerinnen und Schüler für eine Mitarbeit zu motivieren. Aus diesem Grund soll die bisherige Nutzerstruktur zum Jahresende 2013 beendet werden und ab dem kommenden Jahr der Stadtjugendring die Vergabe der Räume übernehmen. Um die engagierte Arbeit der derzeitigen Nutzer zu würdigen, sollen aber im laufenden Jahr die entstehenden Mietkosten in Höhe von 10.000.- € aus dem Etat der Jugendhilfe übernommen und im Rahmen einer inneren Verrechnung direkt an das Amt für Schule und Bildung gezahlt werden.

Begründung:

Nachdem das Schülerfriedensbüro seine ursprünglichen Räume aufgeben musste, wurden im Jahr 2008 von der Stadt die Räume in der Luisenstraße 1 – 3 zur Verfügung gestellt.

Die Mittel für Miete und Mietnebenkosten in Höhe von 10.000.- € / Jahr wurden seither aus dem Etat der Jugendhilfe getragen. Dies war möglich, da diese politische Jugendbildungsarbeit mit Schülern zum Aufgabenspektrum der Jugendhilfe gemäß der §§ 11 und 12 SGB VIII zählt.

Über die Jahre hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die im Schülerfriedensbüro mitarbeiten, drastisch verringert. Im Jugendhilfeausschuss im November 2012 teilte der 1. Vorsitzende des Vereins Citizens oft the United Nations e.V., Herr Kolbe, den Mitgliedern des Ausschusses schließlich mit, dass das Schülerfriedensbüro mittlerweile aus mehreren studentischen Initiativen bestehe und gar keine Schüler mehr mitarbeiten.

Die Stadt hat daraufhin dem Schülerfriedensbüro – Herrn Kolbe und Herrn Grädler - am 13.03.2013 mitgeteilt, dass die Nutzung der Räume durch studentische Gruppen nicht dem Mietvertrag entsprechen und damit seit dem 01.01.2013 entsprechende monatliche Miet- und Mietnebenkosten entstanden sind, die von den Nutzern zu zahlen sind. Nur wenn es den studentischen Gruppen gelingt, Schüler in überwiegender Anzahl in die Aktivitäten einzubinden, könnten die Mietkosten wie in den Vorjahren auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses von der Stadt übernommen werden. Dies wurde auch den Gruppen und Initiativen mitgeteilt.

Daraufhin haben diese verstärkt und ernsthaft versucht, Schüler in den Schulen anzusprechen und in ihre Aktivitäten einzubinden. Insbesondere die Schülermentoren von „Rock Your Life“ haben dies sehr intensiv versucht. Im Ergebnis hatten sie aber trotz großem Einsatz und Engagement keinen Erfolg. Eine ausführliche Beschreibung der Bemühungen und der erzielten Ergebnisse befindet sich in der Anlage.

Im Resultat ist festzuhalten: Das angestrebte Ziel, Schülerinnen und Schüler in die Initiativen einzubinden, ist trotz großartigem ehrenamtlichem Engagement nicht erreicht worden.

Um das Engagement der jungen Menschen zu würdigen und eine Fortführung der Arbeit nicht zu verhindern, schlägt die Verwaltung aber vor, dass die Gruppen die Räume in der Luisenstraße noch bis zum 31.12.2013 nutzen können, um sich in dieser Zeit nach neuen Räumlichkeiten umschauen zu können. Die aufgelaufenen Mietkosten sollen in Anerkennung des großen Engagements der derzeitigen Nutzer auch für 2013 noch einmal aus Mitteln der Jugendhilfe übernommen und im Rahmen einer internen Verrechnung an das Amt für Schule und Bildung ausgezahlt werden.

Laut Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15. November 2012 soll die Verwaltung der Räume zukünftig vom Stadtjugendring zur Unterstützung der Jugendgruppenarbeit und der politischen Gremienarbeit übernommen werden. Selbstverständlich sollen in diesem Rahmen auch engagierte Schülerarbeitsgruppen die Räume nutzen können.

Die Verwaltung bittet um Zustimmung.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Keine.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet

Dr. Joachim Gerner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Stellungnahme des Schülerfriedensbüros